

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 5. Stadtratssitzung 2016
Datum SR-Sitzung: 19. September 2016
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 20:30 Uhr
Ort: Gemeindesaal, Kirchbühl 23, Burgdorf (2. Stock)

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 36 und 37 vom 8. und 15. September 2016 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden zudem durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmer:

| | |
|-------------------------------------|---|
| Stadtratspräsident | Yves Aeschbacher |
| Stimmzähler | Karin Fankhauser und Anna de Quervain |
| Mitglieder des Stadtrates | Roger Aebi, Annemarie Althaus-Zingg, Daniel Beck, Peter Biedermann, Tabea Bossard-Jenni, Theophil Bucher, Georg Burkhard, Hermann Dür, Urs Geiser, Thomas Gerber, Friedrich Gfeller, Urs Gnehm, Yves Greisler, Thomas Grimm, Tobias Kälin, Fabian Käsermann, Beatrice Kuster Müller, Barbara Lüthi-Kohler, Pierre Manz, Christine Meier, Adrian Merz, David Niederhauser, Urs Pfister, Francesco Rappa, Bruno Rosser, Andreas Rössler, Andreas Stettler, Peter von Arb, Werner Weber, Christoph Wyss, Michael Ritter, Gabriela Bannwart, Peter Hauser, Manfred Schaffer |
| Entschuldigt | Stefan Berger, Larissa Fankhauser, Marcel Meier |
| Stadtpräsidentin | Elisabeth Zäch |
| Mitglieder des Gemeinderates | Martin Aeschlimann, Charlotte Gübeli, Hugo Kummer, Andrea Probst, Peter Urech, Annette Wisler Albrecht |
| Entschuldigt | - |
| Stadtschreiber | Roman Schenk |
| Auskunftspersonen | - |
| Protokoll | Brigitte Henzi |

Traktanden:

| | |
|---|----|
| - Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 20. Juni 2016 | 3 |
| - Informationen des Stadtratspräsidenten | 3 |
| - Informationen aus dem Gemeinderat | 4 |
| - Reglement über den Preis für soziales Engagement (Sozialpreisreglement) | 4 |
| - Wunderkammern Schloss Burgdorf: Umsetzung des neuen Museumskonzepts | 7 |
| - Auftrag Tobias Kälin und Michael Ritter (GLP) betreffend Machbarkeitsstudie für eine Erweiterung des Freibads Burgdorf | 9 |
| - Auftrag SP-Fraktion betreffend alternative Asylunterkunft sowie Unterkünfte für Flüchtlingsfamilien | 11 |
| - Dringliches Postulat Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend zeitweiliges Aufheben des Fahrverbots in der Progressastrasse | 13 |
| - Postulat SVP-Fraktion betreffend verbindlicher Regelung bei Wahlen von Kommissionsmitgliedern durch den Stadtrat | 14 |
| - Interpellation Grüne betreffend Fuss- und Velowegplanung in der Gemeinde Burgdorf: Stand der Planung und Umsetzung | 14 |
| - Interpellation Tobias Kälin und Michael Ritter (GLP) betreffend Mietzinse für Sozialhilfebezüger | 15 |
| - Verschiedenes und Unvorhergesehenes | 15 |

Appell

Der durch die Stimmzählerin de Quervain Anna durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 37 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2016-36 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 20. Juni 2016

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 20. Juni 2016.

SRB: 2016-37 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen des Stadtratspräsidenten

Verhandlung

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves begrüsst die Anwesenden zur fünften Sitzung im Jahr 2016. Im Speziellen begrüsst er als neues Stadratsmitglied Schaffer Manfred und wünscht ihm viel Freude im Amt.

Der Vorsitzende dankt der BDP-Fraktion für die Organisation des diesjährigen Stadtratsausfluges. Es war ein interessanter und aufschlussreicher Besuch bei der Stauffer AG und anschliessend durften wir ein feines Apéro im OSO geniessen. Der Vorsitzende gratuliert all jenen Ratsmitgliedern, die am Burgdorfer Stadtlauf erfolgreich teilgenommen und den Schlusspurt zum Schloss absolviert haben. In den Sommerferien ist viel passiert. Die Wahllisten für die Burgdorfer Gemeindewahlen sind definiert. Es stellen sich drei Kandidaten für das Stadtpräsidium. Zudem wurde ein Bankomat in der Oberstadt eingeweiht. Leider wurde der Bankenmarsch nicht gespielt und der "Rüedu usem Löie" ist auch nicht aufgetaucht. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth hat einen tollen Brief verfasst auf die Parodie. Mit viel Marketingbudget hätte man weniger Reichweite gehabt. Der Vorsitzende teilt mit, dass er ein neues Formular kreiert hat, das die Überprüfung der Stimmenanzahl direkt prüft. Die Ratsmitglieder sind gebeten, deutliche Handzeichen zu geben.

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves teilt mit, dass aufgrund der Abwesenheit von Stadträtin Fankhauser Larissa eine Ersatzwahl für die Stimmzählerin erfolgen muss. Als Stimmzählerin wird Fankhauser Karin vorgeschlagen.

Beschluss

Der Stadtrat wählt einstimmig Stadträtin Fankhauser Karin als Stimmzählerin.

SRB: 2016-38 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10
Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Seitens des Gemeinderates (GR) erfolgen keine Informationen.

SRB: 2016-39 | Registratur-Nr. 1.10.1020.10
Reglement über den Preis für soziales Engagement (Sozialpreisreglement)

Verhandlung

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten. Zu diesem Geschäft sind drei Abänderungsanträge eingegangen. Diese wurden dem SR vorgängig per Mail zugestellt.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Gübeli Charlotte informiert, warum ein neues Reglement nötig ist. An der letztjährigen Informationsveranstaltung des SR wurde bereits über das Sozialpreisreglement diskutiert. Vor allem ging es darum, was man machen kann, wenn zu wenig valable Kandidaten vorhanden sind. Beim gültigen Sozialpreisreglement ist es so, dass der Nominationsausschuss drei Bewerber zuhanden der Jury vorschlagen musste. Im letzten Jahr war nur ein valabler Kandidat vorhanden. Der Sozialpreis konnte deshalb nicht vergeben werden. Das war sehr schade. Der GR hatte den Auftrag des SR gefasst, ein neues Sozialpreisreglement zu erarbeiten. Was ist nun neu an diesem überarbeiteten Reglement? Das Reglement wurde vereinfacht. Es gibt weniger Detailregelungen. Der ganze Prozess ist bei der Sozialkommission. Der Preis wird ausgeschrieben. Es ist aber auch möglich, dass auf Vorschlag eines Mitgliedes der Sozialkommission jemand nominiert werden kann. Neu dürfen auch Unternehmungen nominiert werden, die sich im besonderen Mass für Benachteiligte und behinderte Menschen einsetzen. Der Preis kann auch in Naturalien verteilt werden. Im März hat man zum Beispiel alle Freiwilligen der NUK Lindenfeld zu einem Essen eingeladen. So etwas wäre mit dem Sozialpreis künftig auch möglich. Wenn die Sozialkommission die Nomination vorgenommen hat, erfolgt der Antrag an den GR. Der GR wird den Vorschlag genehmigen. Im Anschluss erfolgt die Übergabe des Sozialpreises. Was bleibt weiterhin gleich beim Sozialpreis? Der Sozialpreis soll weiterhin die Menschen, die sich freiwillig engagieren für unsere Mitmenschen, unsere Stadt und das gute Zusammenleben, ehren. Es soll ein Zeichen der Wertschätzung für ihre Arbeit sein. Es sind drei Abänderungsanträge eingegangen. Einer davon verlangt, dass der Sozialpreis nicht ausgeschrieben werden soll. Damit ist man sehr eingeschränkt. Die Mitglieder der Sozialkommission kennen auch nicht alle Leute, die sich sozial engagieren. Der Sozialpreis muss ausgeschrieben werden. Es muss aber auch möglich sein, dass ein Mitglied der Sozialkommission einen Vorschlag unterbreiten kann. Der GR ist aber einverstanden, dass das Verfahren für alle gleich ist. Der GR ist damit einverstanden, wenn das Wiedererwägen eines Bewerbers nach zwei Jahren gestrichen wird. Was die Sozialkommission macht, ist ihr überlassen. Wenn sie der Meinung ist, dass es sich vor zwei Jahren um einen guten Bewerber gehandelt hat, steht es frei, diesen erneut vorzuschlagen. Der SR wird gebeten, das Sozialpreisreglement zu genehmigen. Es wäre schade, wenn erneut kein Sozialpreis übergeben werden kann und man erneut in eine dumme Situation wie letztes Jahr gerät. Mit dem neuen Sozialpreisreglement kann der Sozialpreis simpel und gradlinig übergeben werden.

Stadtrat Weber Werner, Präsident der Sozialkommission, informiert, dass das vorliegende Reglement erarbeitet und dem GR unterbreitet wurde. Die Sozialkommission hat die nötige Fachkompetenz und Erfahrung, die Bewerbungen zu prüfen, dass alle die gleichen Voraussetzungen haben. Das Reglement gibt einen grösseren Handlungsspielraum, ist angemessen und vereinfacht. Der SR wird deshalb gebeten, dem vorliegenden Sozialpreisreglement zuzustimmen.

Stadträtin Fankhauser Karin, namens der FDP-Fraktion, orientiert, dass die Fairness zwischen der Bewerbung und dem Vorschlag eines Kommissionsmitgliedes nicht gegeben ist. Die Bewerbung ist aufwändig und zeitraubend. Beim Vorschlag eines Kommissionsmitgliedes ist der Zeitaufwand gering. Wenn man ehrenamtlich arbeitet, macht man dies nicht, weil man einen Preis gewinnen will, sondern weil man es gerne macht und helfen möchte. Es ist deshalb unklar, wie viele Personen oder Institutionen sich für den Sozialpreis melden würden. Eine echte Wertschätzung für soziales Engagement ist die Nomination durch ein Kommissionsmitglied, denn dann wird die Arbeit gesehen, bemerkt und geschätzt. In den letzten Jahren konnte der Sozialpreis unter anderem auch wegen mangelnden Bewerbungen nicht vergeben werden. Es ist deshalb vielleicht einfacher auf Vorschlag der Sozialkommission den Sozialpreis zu vergeben.

Antrag FDP

Artikel 3 Absatz 2: Einzelpersonen, Gruppen, Vereine, Organisationen oder Unternehmen werden ~~durch die Sozialkommission nach einer öffentlichen Ausschreibung oder~~ auf Vorschlag von Kommissionsmitgliedern nominiert.

Stadtrat Beck Daniel, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass die Gründe der FDP einleuchtend sind. Man will die Diskussion nicht verlängern. Die SVP-Fraktion zieht ihren Abänderungsantrag zugunsten des Antrages der FDP zurück. Die SVP-Fraktion wird den Abänderungsantrag der FDP und der SP unterstützen.

Stadträtin Althaus Annemarie, namens der SP-Fraktion, informiert, dass die Begründung für den Abänderungsantrag vorliegen. Es ist wichtig, dass das Auswahlverfahren fair abläuft und das Antragsformular einfach und in diesem Sinn niederschwellig ist. Es darf kein grosser Aufwand sein, wenn man sich bewerben will. Die Organisation, die sich bereits einmal angemeldet hat und nicht berücksichtigt wurde, muss eine erneute Eingabe machen. Es muss für alle das gleiche Verfahren sein. Die Voraussetzungen müssen für alle gleich sein.

Antrag SP

Artikel 4 Absatz 3: Der Preis wird alle zwei Jahre verliehen. ~~Liegen in der Jurierungsperiode keine geeigneten Kandidaturen vor, kann ein Rückgriff auf früher nominierte Kandidaturen gemacht werden.~~ Der Preis wird nicht zugesprochen, wenn aus der Gesamtheit der vorgeschlagenen Kandidaturen keine überzeugenden Vorschläge gemacht werden können.

D e t a i l b e r a t u n g

(Artikel ohne Bemerkungen werden nicht aufgeführt.)

Artikel 3 Absatz 2

Stadtrat Kälin Tobias, namens der GLP, teilt mit, dass der Vorschlag der FDP-Fraktion einleuchtend ist. Es ist einfacher, da es nicht für alles immer ein Ausschreibungsverfahren braucht. Es gibt auch Personen, die sich engagieren, aber nicht unbedingt selber melden würden. Vielleicht hat die Sozialkommission ein besseres Auge um die entsprechenden Personen zu nominieren. Der Bürokratieaufwand ist dadurch sehr wahrscheinlich auch kleiner. Das Vorgehen soll einfach gehalten werden. Die GLP unterstützt den Antrag der FDP. Der Antrag der SP wird abgelehnt. Man ist der Meinung, dass es möglich sein sollte, eine alte Idee zu einem späteren Zeitpunkt erneut anzuschauen und zu nominieren.

Stadtrat von Arb Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass der Antrag der SVP eigentlich Zustimmung gefunden hat. Es wäre gut, wenn für alle das gleiche Verfahren gilt. Es stellt sich deshalb die Frage, ob der zurückgezogene Antrag reaktiviert werden könnte. Es ist sinnvoll, wenn Vorschläge eines Kommissionsmitgliedes gemacht werden können, aber auch eine Ausschreibung muss nach wie vor möglich sein. Man will möglichst viele Bewerbungen für den Sozialpreis. Es ist unverständlich, wieso man es einschränken will. Die Sozialkommission hat das Anrecht, das Anmeldeverfahren einfach zu gestalten.

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves informiert, wenn der Antrag der FDP angenommen wird, ist der Antrag der SVP hinfällig. Die SP-Fraktion kann den Antrag erneut einreichen, wenn der Antrag der FDP abgelehnt würde.

Stadtrat von Arb Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man den Antrag der FDP nicht annehmen wird. Der Antrag ist zu einschränkend.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, unterstützt das Vorgehen im gleichen Sinn wie die SP-Fraktion. Die Mitglieder der Sozialkommission und der SR kennen nicht alle vorhandenen Initiativen. Der Abdeckungsgrad ist mit einer Ergänzung grösser. Man hat keine Kenntnisse über alles Laufende. Warum soll man die mögliche Auswahl einschränken indem man das Verfahren beschränkt. Der Antrag der SVP würde deshalb begrüsst. Der Antrag der FDP ist eher einschränkend und wird nicht unterstützt.

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, vergleicht den Sozialpreis mit dem Altstadtpreis. Die Kompetenz liegt beim Vorstand des Altstadtleists. Wenn man es Ausschreiben will, wird es ausgeschrieben und wenn eine Idee vorhanden ist, wird diese angeschaut und diskutiert. Beim Sozialpreis findet nun eine Überregulierung statt. Es wird funktionieren, wenn die Kompetenz bei der Sozialkommission liegt. Es wäre sinnvoll, das Ganze so einfach wie möglich zu handhaben.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass der Sozialpreis ursprünglich von der SP initiiert wurde. Dazumal wollte die Sozialkommission in einer ersten Phase alles übernehmen, musste aber einsehen, dass man nicht alles selber organisieren und entscheiden kann. Die Situation ist jetzt nicht mehr so schlimm, weil der GR schlussendlich den Preis vergibt. Es geht aber immer noch in die Richtung "FIFAsiert".

Artikel 3 Absatz 2

Antrag FDP

Einzelpersonen, Gruppen, Vereine, Organisationen oder Unternehmen werden ~~durch die Sozialkommission nach einer öffentlichen Ausschreibung oder~~ auf Vorschlag von Kommissionsmitgliedern nominiert.

Der Stadtrat stimmt mit 19 Ja und 18 Nein Stimmen dem Antrag der FDP zu.

Artikel 4 Absatz 3

Antrag SP

Der Preis wird alle zwei Jahre verliehen. ~~Liegen in der Jurierungsperiode keine geeigneten Kandidaturen vor, kann ein Rückgriff auf früher nominierte Kandidaturen gemacht werden.~~ Der Preis wird nicht zugesprochen, wenn aus der Gesamtheit der vorgeschlagenen Kandidaturen keine überzeugenden Vorschläge gemacht werden können.

Der Stadtrat stimmt mit 33 Ja Stimmen dem Antrag der SP zu.

Abstimmung

1. Das totalrevidierte "Reglement über den Preis für soziales Engagement (Sozialpreisreglement)" wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 37 Ja Stimmen die Anträge.

SRB: 2016-40 | Registratur-Nr. 1.10.1010

Wunderkammern Schloss Burgdorf: Umsetzung des neuen Museumskonzepts

Verhandlung

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass nochmals unser Schloss Burgdorf Thema an der Stadtratssitzung ist und nachher auf dem politischen Parkett Ruhe herrscht und dann im Hintergrund gearbeitet wird. Es geht nochmals darum, unserem Schloss einen weiteren besonderen Akzent zu verleihen und ein Museum einzurichten, das optimal auf alle Bedürfnisse abgestimmt und in der Kultur- und Tourismuslandschaft einzigartig ist. Noch einmal wird der SR gebeten, die letzte Hürde zu nehmen, damit unser Schloss mit seinem vielfältigen Angebot zu einer einmaligen schweizweit bekannten Marke wird. Wunderkammern sollen auf dem Schloss entstehen, ergänzt durch thematische Kabinette und spannende Schlosstouren. Und eines soll in das andere übergreifen. Das Museum macht sich breit und findet überall statt wie zum Beispiel in der Jugi, im Restaurant, auf dem Hof, sogar im ehrwürdigen Trauungszimmer und selbstverständlich in den eigentlichen Museumsräumen. Es liegt ein Konzept vor, das sich von allen klassischen Museumsangeboten abhebt und unendlich viel Spielraum, Freiraum und Phantasie zulässt. Anlässlich der Informationsveranstaltung des SR wurde ausführlich über das Museumskonzept informiert. Warum hat das Projekt Wunderkammern den Museumswettbewerb gewonnen und warum finden wir alle, dass es genau das richtige Konzept ist und einfach genial ist? Die Durchdringung von Museum und Jugendherberge hat uns alle überzeugt. Ist man noch in der Jugi oder bereits im Museum werden sich die Besucher fragen. Man spürt aber vor allem, dass man auf dem Schloss Burgdorf ist und das ist einfach einzigartig, spannend und überraschend. Unser Schloss wird zu einer Marke, bei der Kulturvermittlung, Beherbergung und Gastronomie wie selbstverständlich verschmelzen. Statt auf grosse, aufwändige und teure Dauer- und Sonderausstellungen setzt das Konzept auf ein kleineres Format, auf Wunderkammern und Kabinett. Diese können immer wieder neu gruppiert und mit neuem Inhalt gefüllt werden. Und dafür braucht es nicht grosse Gelder, sondern den richtigen Kurator, die richtige Kuratorin. Mit den entsprechenden Sachkenntnissen und mit viel Phantasie wird er oder sie ständig neue Themen setzen, neue Geschichten erzählen, so dass man davon ausgeht, dass das Schlossmuseum innerhalb von fünf Jahren jeweils neu gestaltet ist. Das hat den Vorteil, dass man das Sammelgut der drei Museumsvereine braucht, häufig braucht und immer wieder neu im ganzen Schloss ausstellen kann. Das ist doch wunderbar. Die Sammlungen sollen nicht im Depot liegen, sondern dem Publikum zugänglich sein. Das erreicht man mit dem Konzept optimal. Das Konzept wird ergänzt mit Erlebnistouren und einem Workshopraum, bei denen die Gäste der Jugi sinnlich Raum und Zeit erfahren sowie sich in die Geschichte selber einbringen können. Und schliesslich zum finanziellen Aspekt. Diese Form von Museum kann mit relativ geringem Aufwand bespielt werden und trotzdem spannend und überraschend bleiben. Das sind die wesentlichsten Punkte, welche die Jury vom Projekt überzeugt haben und hoffentlich nun auch den SR. Die Stadt Burgdorf als Wettbewerbsveranstalterin, der Kanton, die Vertreter der heute drei Museen und auch die Jugivertreter stehen voll und ganz hinter dem Projekt Wunderkammern. Man ist auch bereit, Gelder zu sprechen oder hat es bereits gemacht. Der Stand ist aus der Vorlage zu entnehmen. Wenn der SR dem Kredit zustimme, geht man kein Risiko ein. Die Gelder werden erst ausbezahlt, wenn die Finanzierung des Gesamtprojektes ausreichend gewährleistet ist. Die Gelder werden ausschliesslich für das jurierte Projekt verwendet. Was im Konzept Wunderkammern von groenland/fischteich enthalten ist, muss auch umgesetzt werden. Daran wird nicht mehr geschraubt. Jetzt geht es auch mit dem Schlossmuseum Richtung Zukunft. Der SR geht also kein Risiko ein. Mit dem heutigen Ja zu den letzten Fr. 500'000.-- eröffnet der SR dem Museum und seiner Sammlung eine wunderbare Perspektive und setzt dem Schlossprojekt noch die Krone auf. Das Schloss Burgdorf mit seinen Wunderkammern wird Jung und Alt aus Nah und Fern faszinieren. Und das nicht nur im ersten oder im zweiten Jahr, sondern immer wieder und immer wieder neu. Der SR wird gebeten, die Chance zu packen und dem Projekt zuzustimmen.

Stadtrat Stettler Andreas, namens der FDP-Fraktion, informiert, dass seit der ominösen Sitzung vom 14. September 2015 vieles gelaufen ist. Die Ideen zur Vermarktung des Schlosses sind in der Zwischenzeit gereift. Mit dem Siegerprojekt groenlandbasel/fischteich kann man feststellen, dass Profis am Werk sind und eine gute Idee umsetzen. Das Zusammenspiel von Museum, Gastronomie und Hotellerie überzeugt. Mit dem Projekt ist die Ausstrahlung des Schloss Burgdorf weit über die Region hinaus möglich. Die FDP-Fraktion wird dem Kredit zustimmen. Es ist besonders positiv, dass die Jugi, die sich bereits zu einem langfristigen Mietvertrag bekannt hat, mit Fr. 100'000.-- mitmacht. Einzig kritischer Punkt ist die Abschreibedauer, die nach HRM2 mit 33 $\frac{1}{3}$ Jahre möglich ist. Man vermutet, dass die technische Infrastruktur nicht diese Lebensdauer aufweist. Von daher ist es ein bisschen Augenwischerei, wenn man tiefe Betriebskosten aufweist. Die lange Abschreibedauer kann dazu führen, dass in 20 Jahren Zustände herrschen wie man vor 20 Jahren hatte, nämlich völlig veraltete Museen und unbrauchbare Technik. Deshalb soll der Stiftungsrat dafür sorgen, dass noch mehr Sponsoren gefunden werden und wir unseren Kredit sprechen können, aber die Abschreibedauer kürzer halten können. Ein wichtiger Sponsor in Burgdorf steht noch nicht auf der Liste, und zwar die Burgergemeinde. Wenn das Zähringerschloss in der Zähringerfamilie noch mehr in den Mittelpunkt gerückt wird, könnte allenfalls die Burgergemeinde Bern als Sponsor auftreten.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth dankt für den Tipp betreffend Sponsoren. Es ist selbstverständlich, dass sich das Museumskonzept immer wieder neu erarbeiten muss. Es werden viel mehr Eintritte erwartet. Das Museum muss auch Geld auf die Seite legen um allenfalls ihre Anlage zu erneuern. Die Museumsverantwortlichen müssen ihre Verantwortung wahrnehmen. Die Burgergemeinde Burgdorf und Bern spenden einen grossen Beitrag an das Schloss Burgdorf.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der SVP-Fraktion, orientiert, dass man sich intensiv mit dem Geschäft beschäftigt hat. Die SVP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die engagierte Arbeit. Das Museumskonzept gehört zum Gesamtkonzept des Schloss Burgdorf. Die SVP-Fraktion wird dem Kredit zustimmen. Für die nächste Legislatur sei bereits erwähnt, angesichts dem was noch alles ansteht in Burgdorf, werden zukünftige Ausgaben kritisch beurteilt.

Stadtrat von Arb Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man das Museumskonzept detailliert besprochen hat. Die SP-Fraktion dankt dem GR und der Verwaltung für die gute Vorbereitung des Geschäftes sowie für die Informationsveranstaltung des SR. An der Informationsveranstaltung wurden die Anwesenden gut und ausführlich über das Museumskonzept ins Bild gesetzt. Eine erste Fragerunde fand an der Informationsveranstaltung statt. Das Museumskonzept Wunderkammern passt gut zum Schloss Burgdorf. Die drei Pfeiler, Durchdringen von Jugendherberge und Museum, die Wunderkammer als vielschichtige und überraschende Erlebniswelt sowie Entdeckungsreisen in Zeit und Raum, passen gut zum Zähringerschloss. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass mit der Möglichkeit der stetig flexiblen Veränderungen das Interesse der Besucher geweckt und beibehalten werden kann. Es sind nicht grosse Wechselausstellungen geplant. Es sind stetige Erneuerungen und Veränderungen, getreu dem Motto "nichts ist beständiger als die Veränderung", vorgesehen. Man ist überzeugt, dass die Besucherfrequenz gesteigert werden kann. Bei der Finanzierung konnte eine gute Lösung gefunden werden. Das Kostendach für die Stadt Burgdorf von Fr. 500'000.-- ist verkraftbar. Die SP-Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Stadträtin de Quervain Anna, namens der Grünen-Fraktion, kann sich dem Votum von Stadtrat von Arb Peter anschliessen. Die Grünen-Fraktion unterstützt das vorgestellte Museumskonzept. Die spezielle Mischung der drei Pfeiler ist eine grosse Chance für Burgdorf, die Oberstadt und die Region. Das vorliegende Konzept Wunderkammern beeindruckt und überzeugt vor allem, weil man mit kleinem Aufwand immer wieder Veränderungen in der Ausstellung erzielen und bewerben kann. Man kann sich deshalb vorstellen, dass man die Ausstellung nicht nur einmal, sondern auch mehrere Male besuchen wird. Die Grünen-Fraktion unterstützt die Anträge des GR für das Museumskonzept.

Stadträtin Kuster Müller Beatrice, namens der EVP, teilt mit, dass man das grossartige Projekt unterstützt. Die Mischung zwischen Jugi, Museum und Gastronomie ist sexy. Es kostet viel, aber man hat auch etwas davon. Stadträtin Kuster Müller Beatrice freut sich bereits heute auf die Eröffnung. Sie wird dann nicht mehr Mitglied des SR sein, aber bei der Eröffnungsnacht in der Jugi anwesend sein.

Sie hofft zudem, dass der jetzige GR und SR bei der Eröffnung ebenfalls anwesend sein wird und somit die erste Nacht in der Jugi belegt ist.

Stadtrat Ritter Michael, namens der GLP, teilt mit, dass man die Vorlage unterstützt. Es ist klar ein Schritt, der mit dem Entscheid zum Schloss Burgdorf vor einem Jahr zusammen hängt. Es wäre daher völlig falsch den heutigen Entscheid zu bremsen. Das Konzept hat viele reizvolle Aspekte. Die Ausgangslage war verhältnismässig schwierig, weil die Sammlungen, vor allem die ethnographische sowie die mittelalterliche und neuzeitliche Sammlung des Schlosses, schwierig unter einen Hut zu bringen sind. Das Konzept ist in diesem Punkt vielversprechend. Es gibt jedoch zwei Sachen, die im Auge behalten werden müssen. Den Betrieb und die längerfristige Umsetzung dieses Konzeptes muss man im Auge behalten. Die Museen dürfen nicht verstauben. Dies ist in Burgdorf bereits einmal passiert. Diese Gefahr muss vermieden werden. Es wird eine Herausforderung sein, die Besucher der Museen der letzten Jahre bei der Stange zu halten mit einem Konzept, das auch für ein anderes Publikum konzipiert wurde. Als Zähringerschloss erwarten die Besucher auch die Präsentation des Zähringerschlosses. Es gibt keine besseren Ideen und es ist der richtige Weg, den Museumsbetrieb in die Jugendherberge zu integrieren, den man jetzt gehen muss. Die GLP wird dem Projekt zustimmen.

Abstimmung

1. Der Stadtrat genehmigt die Umsetzung des neuen Museumskonzepts.
2. Er bewilligt einen Investitionskredit (Kostendach) in Höhe von 500'000 Franken für die Umsetzung des neuen Museumskonzepts (Sachgruppen-Nr. 5660.01 Investitionsbeiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck, Kostenstellen-Nr. 1400.5660.02 Investitionsbeitrag Umsetzung neues Museumskonzept).
3. Bedingungen:
 - Der Investitionskredit wird erst fällig, wenn eine ausreichende Finanzierung gewährleistet ist.
 - Die Summe von 500'000 Franken ist ein Kostendach. Bei allfälligen Minderkosten muss die Differenz anteilmässig an die Stadt zurückbezahlt werden, soweit das die Auflagen für die kantonalen Beiträge zulassen.
 - Die Umsetzung des Museumskonzeptes wird seitens Museum von einem Verein mit einer klaren Struktur und entsprechenden Kompetenzen verantwortet.
4. Mit dem Vollzug wird die Präsidialdirektion, Bereich Kultur, beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 37 Ja Stimmen die Anträge.

SRB: 2016-41 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Auftrag Tobias Kälin und Michael Ritter (GLP) betreffend Machbarkeitsstudie für eine Erweiterung des Freibads Burgdorf

Verhandlung

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK und des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Ritter Michael, namens der GLP, teilt mit, dass die gemachten Abklärungen des GR zumindest in quantitativer Hinsicht gewürdigt werden. Die Angaben sind vollständig und der GR hat adäquaten Aufwand betrieben um die Fragen zu beantworten. Es gibt aber auch kritische Punkte zur Antwort des GR. Kunden oder Interessierte für das Vorhaben kommen in der Stellungnahme nicht wirklich vor. Man hat die Akteure vor Ort zu ihrer Stellungnahme aufgefordert, was sicher richtig ist. Man hat jedoch vergessen, dass es im Grunde nicht das einzige Kriterium ist. Man stellt fest, dass das Burgdorfer Freibad gewisse Defizite aufweist. Wenn man von Defiziten spricht, sind diese historisch und strukturell bedingt. Historisch deshalb, weil es sich um ein altes Bad handelt. Strukturell deshalb, weil es sich um

eine sehr eingeschränkte örtliche Situation handelt. Beide Fakten kann man nicht ändern. Wenn man etwas ändern möchte, ist die einzige Möglichkeit tatsächlich in Richtung Badimatte möglich. Die GLP hat den Vorstoss eingereicht, weil man der Meinung ist, durch die inhaltlichen Defizite, die eine Folge von historischer Substanz und strukturellen Gegebenheiten sind, fehlt das Angebot einer modernen Badi mit nahen Freizeitmöglichkeiten. Das Resultat durch das Fehlen einer geeigneten Möglichkeit ist, dass man auf andere Freibäder in der Region ausweicht. Deshalb war man der Meinung, dass die Situation abgeklärt werden muss. Ein Realisierungszeitpunkt wurde nicht vorgegeben und ist nicht Gegenstand des Geschäfts. Es werden zwei Argumente aufgeführt, die dagegen sprechen. Die Badimatte ist ein Reizwort. Es ist klar, dass die Badimatte einen hohen Stellenwert hat und insgesamt heikel ist, wenn man dort etwas machen möchte. Bei einer Machbarkeitsstudie wäre beispielsweise zu prüfen, ob dieser Ort nach Norden verlegt werden könnte. Eine Prüfung wäre es wert, auch wenn man zum Schluss kommt, dass es nicht in Frage kommt. Völlig ausschliessen sollte man es jedoch nicht. Die GLP stellt fest, dass man mutlos gesagt hat, die Badimatte bleibt wie sie ist. Es stellt sich die Frage, ob man das Ganze nicht in ein Gemeindesportanlagenkonzept (GESAK) einbaut. Man muss jedoch bedenken, bei den sehr grossen Geschäften aus dem Bereich Sportinfrastruktur, wie zum Beispiel die Localnet-Arena oder die Sanierung der Fussballfelder in der Neumatt, hat das GESAK keine Rolle gespielt. Beim vorliegenden Vorstoss geht es um eine kleinere Dimension. Die GLP hat sich beim Lesen der Stellungnahme überlegt, ob der Auftrag irgendwie abgeändert werden kann. Es ist aber nicht vorgesehen, den Auftrag abzuändern. Eine Abänderung würde nur in die Richtung gehen, dass man an die Substanz des Vorstosses geht und zum Beispiel sagt, dass nicht das Freibad erweitert werden soll, sondern nur die Badimatte umgenutzt wird. Es wäre gegenüber den Behörden unbefriedigend, wenn man mit einem völlig anderen Anliegen kommt. Das Thema Badimatte müsste eventuell neu aufgegriffen werden. Das Thema wird sehr wahrscheinlich erneut auftauchen. Die GLP wird den Auftrag in unveränderter Form zur Abstimmung bringen. Die GLP wird dem Auftrag zustimmen.

Stadtrat Grimm Thomas, namens der FDP-Fraktion, informiert, dass man sich zu diesem Geschäft seine Gedanken gemacht hat. Es handelt sich um eine Machbarkeitsstudie mehr. Wir haben schon viele Machbarkeitsstudien im SR behandelt. Eines ist sicher, dass sie Geld kostet. Meistens ist es noch so, dass sie irgendwo zum Papiertiger wird und in einer Schublade landet. Es muss auch nicht immer jede Gemeinde eine Luxuslösung für sich haben. Burgdorf hat jetzt ein Schwimmbad. Der Gedanke wäre zukünftig sehr wertvoll, wenn man sich mit den umliegenden Gemeinden an einen Tisch setzt. Die umliegenden kleinen Gemeinden habe ebenfalls eine finanziell angespannte Lage. Eine überregionale Lösung wäre eine Möglichkeit und wäre für die ganze Region eine Bereicherung. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des GR.

Stadtrat Manz Pierre, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass die Badimatte von vielen Personen, unter anderem auch Schulen, rege benützt wird. Viele Leute benützen die Badimatte auch in ihrer Freizeit. Es wäre deshalb schade, wenn man einen Platz verbauen will, der gut funktioniert. Der Sportplatz wird rege benützt und deshalb muss man nichts Künstliches bauen. Ein Anbau oberhalb der Badi ist nicht möglich. Es wurden bereits verschiedene Projekte dazu gemacht. Der Sportplatz muss so belassen werden wie er ist. Es ist toll, dass der GR dies auch so sieht.

Stadtrat Burkhard Georg, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sich ebenfalls Gedanken zur Badimatte gemacht hat. Die SP-Fraktion wird den Anträgen des GR zustimmen. Es sind ebenfalls Diskussionen entstanden. Die SP-Fraktion hat beim letzten Mal das Gemeindesportkonzept oder auch die Skateranlage ins Spiel gebracht. Man hat sich umgehört und festgestellt, dass andere Bedürfnisse im Raum stehen. Die Bedürfnisse sind das eine, die Finanzen etwas anderes. Trotzdem müsste man sich Gedanken machen, wie ein solches Konzept aussehen könnte und was für Bedürfnisse vorhanden sind und eventuell gedeckt werden können. Die Sportstätte besteht und soll auch genutzt werden. Die Badimatte wird rege genutzt. Die SP-Fraktion findet den Platz gut so wie er im Moment ist. Wenn Burgdorf irgendwann wieder einmal Geld in der Kasse hat, könnte man über ein Projekt oder eine Machbarkeitsstudie diskutieren. Die SP-Fraktion stimmt den Anträgen des GR zu.

Stadtrat Käsermann Fabian informiert, dass er als Minderheit der SP-Fraktion dem Auftrag zustimmen wird. Er will damit ein Zeichen setzen. Eine Erweiterung des Freibades bedeutet nicht, dass der Platz nicht mehr frei zugänglich wäre. Mit innovativen Lösungen könnte man dies eventuell erhalten. Der Antrag lässt dies offen. Es ist interessant, dass die Bedürfnisse von aktuellen Sportarten wie

Beachvolleyball oder Skaten erwähnt werden. Auch wenn der Auftrag abgelehnt wird, werden die zuständigen Behörden aufgefordert, dies im Zusammenhang mit dem Auftrag der SP-Fraktion betreffend GESAK zumindest zu erarbeiten. Der Beachvolleyball ist eine spezielle Herausforderung. Diese Sportart wird in der Stadt Burgdorf nicht durch Vereine unterstützt. In der Antwort des GR wird die Stellungnahme der Sportkommission und des Schwimmclubs aufgeführt, aber eine Stellungnahme seitens des Beachvolleyballs fehlt. Beachvolleyball ist ein Spitzensport, wie man am Wochenende in Toronto gesehen hat, bei dem auch viel Breitensport ohne die Voraussetzungen von Vereinsstrukturen gemacht werden kann. Einige müssen bereits heute auf Kirchberg ausweichen. Beachvolleyballfelder werden normalerweise in der Nähe von Bädern angelegt. In Burgdorf gibt es Beachvolleyballfelder, die in Fronarbeit realisiert wurden. Die Behörden werden aufgefordert, dort eine Dusche einzurichten. Diese könnten dann besser genutzt werden. Beachvolleyballfelder neben der Badi machen mehr Sinn. Bei der Stellungnahme des GR wird bereits unter Punkt 5, die Argumentation für die Machbarkeitsstudie zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur, mit grundsätzlichen finanziellen Argumenten und unbekanntem Folgekosten abgelehnt. Dies ist problematisch.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, unterstützt das Votum von Stadtrat Käsermann Fabian. Es ist vielleicht nicht richtig eine Machbarkeitsstudie zu machen, aber das Thema allzu schnell wegzuschieben, ist falsch. Es gibt verschiedene Einschränkungen. Es ist auch nicht von der GLP vorgeschlagen, dass es eine grosse Badi werden muss. Die Badis in Bern sind gratis. Ist diese Lösung völlig undenkbar für Burgdorf? Mit dem GESAK wird man sich die entsprechenden Gedanken machen. Der heutige Ansatz und Denkanstoss ist gut. Dem Auftrag kann viel abgewonnen werden. Die Antwort des GR hat nur mässig befriedigt. Es wäre eventuell etwas möglich oder zumindest denkbar. Stadtrat Bucher Theophil wird sich entweder der Stimme enthalten oder ein Zeichen setzen und die GLP unterstützen.

Abstimmung

1. Der Stadtrat nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat lehnt den Auftrag ab.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 25 Ja und 3 Nein Stimmen bei 9 Enthaltungen den Anträgen zu.

SRB: 2016-42 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Auftrag SP-Fraktion betreffend alternative Asylunterkunft sowie Unterkünfte für Flüchtlingsfamilien

Verhandlung

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Gübeli Charlotte dankt der SP-Fraktion für den Auftrag. Der Auftrag gibt die Gelegenheit über das Asylwesen im Emmental zu informieren. Beim vorliegenden Auftrag geht es um zwei Sachen. Einerseits um kollektive Unterkünfte und andererseits um Wohnungen für Flüchtlinge in der Phase 2. Für Gemeinderätin Gübeli Charlotte war das Flüchtlingswesen das erste Geschäft, für das sie als Gemeinderätin unterwegs war. Regierungsrat Käser Hans-Jürg hat im Jahr 2013 bereits kollektive Unterkünfte gesucht. Mit den Behörden hat man die verschiedenen Möglichkeiten in Burgdorf angeschaut. Es kam jedoch nur das Lindenfeld in Frage. Im Schwellenmätteli war noch ein Gebäude, wo früher Asylanten untergebracht worden sind. Dieses Gebäude ist aber in einem desolaten Zustand und kam nicht in Frage. Im Jahr 2013 war das Lindenfeld durch das Schwingfest belegt. Es wurden Materialien gelagert und auch als Unterkunft genutzt. Als im Jahr 2014 die Anfrage kam, ob man nicht

bereit wäre im Lindenfeld Asylbewerber aufzunehmen, hat man dazu ja gesagt. Burgdorf hat damals als einzige Gemeinde spontan zugesagt. Fünf andere Gemeinden wurden angefragt und haben die Anfrage negativ beantwortet. Der Kanton hat gemerkt, dass man so nicht weiterkommt. Man kann den Gemeinden nicht vorschreiben wie viele Flüchtlinge sie aufnehmen müssen. Regierungsrat Käser Hans-Jürg hat das Anliegen an das Regierungsstatthalteramt delegiert, weil sie näher bei den Gemeinden sind. Im Juli fand die erste Zusammenkunft statt. An diese Veranstaltung wurden alle Gemeinden im Emmental eingeladen. Die Gemeinden wurden aufgefordert, Wohnungen und kollektive Unterkünfte zu melden, die zur Verfügung stehen. Das Emmental musste zusätzliche 603 Plätze und das untere Emmental 340 Plätze stellen. Im August fand das zweite Treffen nach Region statt. An diesem Treffen sind die Zahlen bekannt gegeben worden, die eingegangen sind. Von allen Gemeinden wurden 29 kollektive Unterkünfte und 62 Wohnungen gemeldet. Wie ist nun das weitere Vorgehen? Der Kanton prüft nun zusammen mit dem Regierungsstatthalteramt alle kollektiven Unterkünfte, ob sie in Frage kommen und wie hoch die zusätzlichen Investitionen wären. Nach der Überprüfung wird priorisiert. So kann geplant werden, wann welche Unterkunft in Betrieb genommen wird. Bei den Wohnungen war es speziell, weil die Gemeinden die ihnen bekannten leeren Wohnungen gemeldet haben, dies aber ohne Absprache mit dem Vermieter. Die Gemeinden wurden aufgefordert, abzuklären, ob die Vermieter damit einverstanden sind, wenn Asylbewerber untergebracht würden. Zudem ist der Eindruck entstanden, dass gewisse Vermieter die Hoffnung hatten, ihre Wohnung auf Kosten des Kantons aufzumöbeln. Das ist natürlich eine Hoffnung, die nicht erfüllt werden kann. Die Heilsarmee Flüchtlingshilfe zahlt für eine Wohnung für 4 Personen Fr. 900.-- und für 5 Personen Fr. 1'050.-- im Moment. Die Haftpflicht- und Hausratsversicherung sowie die Miete werden über die Heilsarmee abgerechnet. Wenn jemand eine freie Wohnung hat, muss man sich bei der Heilsarmee melden. Es wurde berechnet, wie viele Asylbewerber man prozentual zur Wohnbevölkerung aufnehmen sollte. Für die Stadt Burgdorf wurden 282 Personen berechnet. Zum damaligen Zeitpunkt hat man in Burgdorf 299 Personen aufgenommen. Die kollektive Unterkunft in Burgdorf war mit 81 Personen belegt. Man hätte noch einige Personen aufnehmen können. Aus diesem Grund hat Burgdorf keine Meldung gemacht. Man hat gesagt, dass man nur im absoluten Notfall im Lindenfeld total 150 Personen unterbringen könnte. In Burgdorf sind 4 Wohnungen an Flüchtlinge vermietet. Die restlichen Zahlen sind in der Vorlage ersichtlich. Es gibt neu zusätzlich einen Runden Tisch Emmental. An diesem sind Politiker aus allen drei Regionen, Verwaltungsleute, Schulinspektoren, Schulleiter, Statthalter und ein Mitglied der GEF vertreten. Der Runde Tisch plant nun strategische Fragen und strategische Papiere zu erarbeiten. Es geht dabei darum, Flüchtlingskinder in die Schule zu integrieren sowie die Arbeitsintegration von Flüchtlingen zu fördern. Seitens der Stadt Burgdorf nimmt Stadtschreiber Schenk Roman am Runden Tisch teil. Wenn jemand eine freie Wohnung melden möchte, soll er sich bei der Heilsarmee melden. Im nächsten Stadtmagazin erfolgt ein Bericht. Der SR wird gebeten, dem Antrag des GR zuzustimmen.

Stadträtin Meier Christine, namens der Grünen-Fraktion, informiert, dass man den Antrag des GR unterstützt. Die Grünen-Fraktion würdigt das Anliegen des SP-Auftrages. Wie von Gemeinderätin Gübeli Charlotte mitgeteilt, ist die Stadt Burgdorf vorab gegangen und hat relativ spontan gesagt, dass wir eine kollektive Unterkunft zur Verfügung stellen. Der Auftrag der SP-Fraktion zeigt, dass Burgdorf diese Haltung weiter pflegen will. Burgdorf soll weiterhin eine offene Stadt sein, die Flüchtlinge aufnimmt. Diese Haltung unterstützt die Grünen-Fraktion. Die Grünen-Fraktion hat sich überlegt, wenn es die Strukturen zulassen und da Burgdorf sein Soll erreicht hat, ob es nicht was anderes gibt, das die Stadt Burgdorf unternehmen kann. Gemeinderätin Gübeli Charlotte hat die Richtung bereits angetönt. Wer eine freie Wohnung hat, soll sich bei der Heilsarmee melden. Eventuell wäre es möglich, etwas wie das Schwinger-Hotel zu realisieren und eine entsprechende Plattform zu bieten. Die Grünen-Fraktion stimmt dem Anliegen des Auftrages zu, unterstützt aber die Anträge des GR.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man dem Antrag des GR zustimmt. Die SP-Fraktion dankt dem GR für die ausführliche Begründung. Wie der Bericht aufzeigt, sind keine Wohnungen beziehungsweise frei. Es kann keine Lösung sein, dass Kündigungen ausgesprochen werden. Es wird begrüsst, dass der Vertrag mit der Asylunterkunft Lindenfeld verlängert wurde. Gegebenenfalls wird man im Jahr 2017 auf das Anliegen zurückkommen.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, hat eine Frage zu den Zahlen. In Burgdorf sind knapp 300 Personen untergebracht. Knapp 100 Personen sind in der Asylunterkunft und 4 Wohnungen sind von der Heilsarmee gemietet. Die Zahlen sind nicht klar oder nachvollziehbar.

Gemeinderätin Gübeli Charlotte teilt mit, dass es sich um die aktuellen Zahlen der Heilsarmee handelt. Bei den Zahlen handelt es sich auch um Personen, die weiter gegangen sind. Asylsuchende mit Ausweis M waren 118 Personen, vorläufig aufgenommene 86 Personen, anerkannte Flüchtlinge 85 Personen. Total 299 Personen. Dabei handelt es sich auch um Personen, die schon länger in Burgdorf leben.

Stadtrat Bucher Theophil möchte wissen, ob es sich bei den Zahlen auch um Flüchtlinge handelt, die selbständig in Burgdorf leben und nicht von der Heilsarmee unterstützt werden.

Gemeinderätin Gübeli Charlotte bejaht diese Frage.

Abstimmung

1. Annahme des Auftrages betreffend Asylunterkunft und gleichzeitige Abschreibung.
2. Ablehnung des Auftrages betreffend Bereitstellung von Wohnraum für mindestens fünf Flüchtlingsfamilien.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 37 Ja Stimmen den Anträgen zu.

SRB: 2016-43 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

Dringliches Postulat Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend zeitweiliges Aufheben des Fahrverbots in der Progressastrasse

Verhandlung

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Gemeinderat Kummer Hugo dankt Stadträtin Bossard-Jenni Tabea für das Postulat. Die Situation in Oberburg war nicht rosig. Das Postulat wurde am 20. Juni 2016 eingereicht. Bereits am 28. Juni 2016 hat der GR über das Problem debattiert. Das Problem wurde erkannt. Im Quartier Progressa und Industrie hatte Oberburg ein Problem. Die Baudirektion und die Einwohner- und Sicherheitsdirektion haben übergreifend gearbeitet. Bereits ab 7. Juli 2016 wurde das Fahrverbot aufgehoben, die Anwohner informiert und die Umleitung besser signalisiert. Bei der Einreichung des Postulates waren die Bauarbeiten bereits im Gang. Burgdorf hat das Möglichste gemacht. Anfang August wurde bereits der Deckbelag eingebaut. Am 10. August 2016 fand die letzte Bausitzung statt. Das Postulat war berechtigt und wurde auch ernst genommen. Die Baudirektion und Einwohner- und Sicherheitsdirektion helfen, wenn immer möglich. Der GR empfiehlt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulates.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea dankt der GR und der Verwaltung für die schnelle Umsetzung. Bei der Einreichung war das Problem bereits akut. Stadträtin Bossard-Jenni Tabea hat das Problem nicht vorausgesehen, weil sie den Oberburger Anzeiger nicht so genau durchliest. Für alle Betroffenen wurde das Problem optimal gelöst. Die Behörden haben rasch gehandelt.

Abstimmung

Annahme des Postulats und gleichzeitige Abschreibung.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 37 Ja Stimmen dem Antrag zu.

SRB: 2016-47 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

Postulat SVP-Fraktion betreffend verbindlicher Regelung bei Wahlen von Kommissionsmitgliedern durch den Stadtrat

Verhandlung

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth kann den Ärger nachvollziehen. Wir müssen aber aufpassen, dass wir nicht überreglementieren. Die Diskussion rund um die vorgeschlagene Person bei der Ersatzwahl ist passiert. Wir müssen es in Zukunft einfach besser machen. Der GR empfiehlt deshalb einen Versuch mit der einfachsten Lösung, nämlich mit dem Formular. Das entsprechende Formular kann mit Unterstützung der Präsidialdirektion erarbeitet werden. Falls sich diese Lösung nicht bewährt, kann immer noch eine Reglementierung ins Auge gefasst werden. Der GR empfiehlt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulates.

Stadtrat Beck Daniel, namens der SVP-Fraktion, dankt dem GR für die Überprüfung des Anliegens und dem einfach zu handhabenden Vorschlag. Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des GR zu.

Abstimmung

Annahme des Postulats und gleichzeitige Abschreibung

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 37 Ja Stimmen dem Antrag zu.

SRB: 2016-44 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation Grüne betreffend Fuss- und Velowegplanung in der Gemeinde Burgdorf: Stand der Planung und Umsetzung

Verhandlung

Gemeinderat Aeschlimann Martin informiert, dass die Interpellanten zu Recht feststellen, dass Burgdorf sich als Velostadt schweizweit einen Namen geschaffen hat. Burgdorf hatte mehrmals den ersten Rang im Rating der velofreundlichsten Städte belegt. Gemeinderat Aeschlimann Martin hatte im Jahr 2014 die Gelegenheit, den Preis in Solothurn entgegen zu nehmen. Der Antwort ist zu entnehmen, dass der GR sich nicht zurücklehnen und auf den vergangenen Erfolgen ausruhen will. Im Rahmen des Richtplan Verkehrs wurden die Netzlücken identifiziert. Im Rahmen von neuen Planungen werden Fuss- und Velowege neu geplant und auch Veloabstellplätze berücksichtigt. Ein Artikel in der NZZ widmete sich dem Thema und zeigte auf, dass beim Langsamverkehr noch viel Luft nach oben ist. Das Potenzial in kleineren Agglomerationen liegt bei 20%. Es braucht aber Massnahmen, die über das bisher übliche hinausgehen wie bauliche Fördermassnahmen mit separaten Velowegen und grünen Wellen für Velos. Burgdorf ist auf einem guten Weg. Es ist auch bekannt, dass die Zukunft von Burgdorf was den Verkehr betrifft Null+ heissen wird. Das bedeutet, dass die Fahrzeuge nicht von unserer Strasse verschwinden, sondern lediglich dosiert werden. Die Förderung des Langsamverkehrs bedeutet eine grosse Chance. Unser hausgemachter Verkehr soll auf andere Verkehrsträger verlagert werden. Insofern wäre man froh, wenn die nächste Generation im SR und GR dafür sorgen würden, dass Burgdorf eine Velostadt mit Ambitionen bleibt.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, dankt für die umfangreiche Stellungnahme und die Erläuterungen von Gemeinderat Aeschlimann Martin. Burgdorf hat in den letzten Jahren Lorbeeren geholt. FuVeMo war der Anfang. Das Projekt partizipiert heute in der ganzen Schweiz. Es wurden

innovative Projekte wie zum Beispiel die Flanierzone in Burgdorf entwickelt. Lorbeeren könnten dazu verleiten, sich auszuruhen. Wie erwähnt, will dies der GR aber nicht. Mit der Interpellation wollte man wissen, wo man heute steht. Es gibt alte Netzlücken. Der Veloring ist 30-jährig und wurde nie ganz fertig gestellt. Die Unterführung Ost wurde vor Jahren besprochen und festgestellt, dass es eine dringliche Angelegenheit ist. Was lange währt, wird endlich gut. Bei den Netz Widerständen hatte Stadtrat Bucher Theophil die Gelegenheit auf den Netz widerstandskataster zu schauen. Es ist vieles drin, aber es gibt weiche Widerstände wie zum Beispiel Hecken, Schlaglöcher, temporäre Baustellen oder sonstige Stolpersteine. Die Baudirektion ist jedoch wachsam. Die Grünen-Fraktion ist von der Stellungnahme des GR befriedigt.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2016-45 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation Tobias Kälin und Michael Ritter (GLP) betreffend Mietzinse für Sozialhilfebezüger

Verhandlung

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Kälin Tobias, namens der GLP, dankt dem GR für die ausführliche Antwort und erklärt sich von dieser befriedigt. Man ist erfreut über die Antwort, vor allem weil das Augenmerk darauf gerichtet ist. Die Erfolgsquote von 46.5% sieht man nicht überall. Man muss auch weiterhin so dran bleiben.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2016-46 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht:

- Dringliche Motion SVP und Mitunterzeichnende betreffend Parkplätze im Bahnhofquartier Burgdorf (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)
- Postulat Beatrice Kuster Müller und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend sechsjährige Legislaturperioden für Legislative und Exekutive in Burgdorf
- Interpellation Beatrice Kuster Müller (EVP) betreffend Plakatständeraufstellordnung

Stadtratspräsident Aeschbacher Yves teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist.

Burgdorf, 21. Oktober 2016

Namens des Stadtrates:



Yves Aeschbacher
Stadtratspräsident



Brigitte Henzi
Protokollführerin